

**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

**Dagmar Schmidt**  
für den Lahn-Dill-Kreis,  
Biebental und Wettenberg im Bundestag



26.05.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit 160 Jahren steht die SPD für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, welcher später zur SPD wurde, gegründet. Als älteste Partei Deutschlands tragen wir besondere Verantwortung und setzen uns weiterhin für Gleichberechtigung, für den fairen Wandel der Arbeitswelt und der Sicherung unseres Wohlstands ein. Diesen Geburtstag haben wir in dieser Woche würdig gefeiert. Für uns ist klar: Fortschritt braucht Gerechtigkeit. Das wird es nur mit der SPD geben.



„Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen.“ – Dieses Zitat von Max Frisch erinnert an die Gastarbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Schon seit vielen Jahrzehnten ist Deutschland ein Einwanderungsland. Viele Menschen aus der Türkei, aus Griechenland, Spanien oder Italien haben bei uns nicht nur Arbeit gefunden, sondern auch eine neue Heimat. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wollen wir dieses auf die Höhe der Zeit bringen. Zukünftig soll es bereits nach 5 Jahren möglich sein, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen – mit allen Rechten und Pflichten. [Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat in ihrer Rede gestern deutlich gemacht, dass unser Recht dem von vielen europäischen Nachbarn hinterherhinkt.](#)

Auch heute sind wir wieder dringend auf die Gewinnung von Fachkräften angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern. Ob bei der Suche nach einem Kita-Platz, beim Warten auf einen Arzttermin, oder wenn ein Termin für einen

Handwerker erst im nächsten Quartal möglich ist: **Jeder von uns merkt es an allen Ecken und Enden persönlich. 90 Milliarden Euro unseres Bruttoinlandsprodukts sind uns schon durch den Fachkräftemangel als Gesellschaft verloren gegangen.**

Am Mittwoch haben wir mit über 170 Expertinnen und Experten sowie Praktikerinnen und Praktikern über die Herausforderungen des Fachkräftemangels diskutiert. Als Fortschrittskoalition haben wir bereits einiges auf den Weg gebracht, um mehr Fachkräfte zu gewinnen. Wir wollen alle Potentiale heben: Im Inland werden wir durch das Aus- und Weiterbildungsgesetz, die Ausbildungsgarantie, den inklusiven Arbeitsmarkt und die Qualifizierungsoffensive durch das neue Bürgergeld mehr Menschen in Arbeit bringen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz sorgen wir durch schnellere Anerkennung von Berufsabschlüssen und mehr Chancen für Einwanderinnen und Einwanderer dafür, dass mehr Fachkräfte aus dem Ausland zu uns kommen können.

In dieser Woche haben wir das Gesetz zur Finanzierung und Verbesserung der Pflege verabschiedet. Dabei konnten wir erreichen, dass wir ganz konkrete Verbesserungen für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige umsetzen können. Das betrifft in Deutschland mehr als 10 Millionen Menschen. Das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen werden ab 2024 um jeweils 5 und zum 01. Januar 2025 erneut um 4,5 Prozent steigen. Zudem machen wir das Entlastungsbudget flexibler. Bisher war es so, dass es jeweils ein Budget gab, wenn pflegebedürftige Menschen entweder kurzzeitig in eine stationäre Einrichtung mussten oder ihre pflegenden Angehörigen einen kurzzeitigen Bedarf hatten, weil sie selbst Termine wahrnehmen mussten oder mal in den Urlaub fahren wollten. Diese separaten Budgets werden mit dem Gesetz zusammengefasst, sodass es für pflegende Angehörige und für pflegebedürftige

Menschen flexibel anwendbar ist und besser an die realen Lebenslagen angepasst werden kann. Für Eltern von Kindern unter 25 Jahren, die eine schwere Behinderung haben, wird dieses Budget ab 2024 zusammengefasst, für alle anderen ab Juli 2025.

Zudem erweitern wir den Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld und stellen es dem Anspruch auf Kinderkrankengeld gleich. Dadurch können pflegende Angehörige bis zu 10 Tage im Jahr freigestellt werden, um sich um die pflegebedürftige Person zu kümmern. Damit die Pflegeversicherung zu stabilisiert wird, heben wir den Beitragssatz für Kinderlose ab Juli 2023 leicht um 0,35 Prozent an. Ab zwei Kindern wird der Beitragssatz je Kind um 0,25 Prozent gesenkt. Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt so künftig sogar weniger als bisher. Und wir erleichtern die Arbeit von Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen, indem wir die die

## Pflegereform

**Wir erhöhen das Pflegegeld  
und führen ein Entlastungsbudget  
für alle ein, die ihre Angehörigen  
zu Hause pflegen.**



**SPD** Fraktion im  
Bundestag

Bürokratie reduzieren. Und wir erleichtern es Einrichtungen berufserfahrenes Personal einzustellen, auch wenn es die notwendige Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat. [\(Alle Details gibt es hier\)](#)

Die pflegerische Versorgung ist ein fundamentaler Wert unserer sozialen Daseinsvorsorge. Sie ist eine Frage der Menschlichkeit und darf keine Frage des Geldbeutels sein. [\(Das habe ich heute in meiner Rede im Bundestag deutlich gemacht.\)](#)

Jedes Jahr erhalten Vertreterinnen und Vertreter von Jugendverbänden die Möglichkeit eine Woche hinter die Kulissen des Bundestages blicken zu können. Als Hospitant hat mich in dieser Woche Linus Dietrich begleitet und mich in meiner Arbeit unterstützt. Dabei konnte er viele spannende Einblicke bekommen und mich bei verschiedenen Terminen begleiten. Vielen Dank, dass Du da warst, lieber Linus und alles Gute für Deine Zukunft!



In einer aktuellen Stunde haben wir in dieser Woche wieder über die Wärmewende debattiert. [Ich habe im vergangenen Newsletter bereits aufgezeigt, welche Position wir als SPD-Bundestagsfraktion vertreten.](#)

[In einem Beitrag für die Wetzlarer Nachrichten habe ich dies noch einmal ausführlicher getan.](#) Die Vorschläge der Union sind unsozial, wie ihre Forderung nach der Rente mit 72. Würden wir nur auf die Co2-Bepreisung setzen, könnten sich viele Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen das Heizen ab spätestens 2028 nicht mehr leisten oder wären dann gezwungen kurzfristig eine große Investition tätigen zu müssen. Deshalb handeln wir vorausschauend. Klar ist: Wenn wir 2045 klimaneutral sein wollen, dann müssen wir jetzt die entscheidenden Weichen stellen. Dafür braucht es ein Gesetz, dass sozial so ausgestaltet ist, dass niemand finanziell überfordert wird. Dafür setzen wir uns ein. [Mein Kollege Matthias Miersch hat dies gestern im Bundestag noch einmal deutlich gemacht.](#)

Zum Abschluss noch ein Ausblick auf die kommende Woche. Am Mittwoch bin ich an der August-Bebel-Schule im Rahmen der Europawochen zu Gast. Ich freue mich schon sehr auf eine spannende Diskussion über Europa mit den Schülerinnen und Schülern. Von 14-15 Uhr biete ich am Mittwoch wieder eine Wahlkreissprechstunde an. Alle Interessierten können sich gerne unter 06441 2092522 oder per E-Mail an [dagmar.schmidt@bundestag.de](mailto:dagmar.schmidt@bundestag.de) anmelden. Abends bin ich zu einer Veranstaltung bei meinem Kollegen Kaweh Mansoori in Frankfurt zu Gast, um über die Herausforderungen des Fachkräftemangels zu diskutieren. Auch hier sind alle Interessierten herzlich eingeladen. [Alle Infos gibt es hier.](#) Ich wünsche allen schöne Pfingsten!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt